

## 7 Thesen zu einer europäischen Öffentlichkeit

Im ersten Teil dieser Arbeit habe ich argumentiert, dass ein normatives Modell von Öffentlichkeit einen Beitrag zur Diskussion eines europäischen Demokratiedefizits leisten kann. Zugegeben kann eine europäische Öffentlichkeit nicht die *institutionellen* demokratischen Mängel der EU überwinden. Ich habe jedoch gezeigt, dass sie bei anderen Aspekten hilfreich bzw. notwendig ist. Zu diesen Aspekten gehören *Informations-, Gestaltungs- und Kontrolldefizite*, die maßgeblich zur Legitimierung einer politischen Gemeinschaft beitragen. Diese Schwächen können durch eine europäische Öffentlichkeit reduziert werden, indem durch sie die Partizipation aller Bürger am europapolitischen Diskurs möglich wird. Desweiteren kann eine europäische Öffentlichkeit ein identitätsstiftendes Moment darstellen, das zwar nicht ad hoc einen europäischen Demos kreieren kann, dennoch für die langfristige Entwicklung eines solchen unabkömmlich ist. Denn wie, wenn nicht über den öffentlichen Diskurs, sollen die heutigen multikulturellen und heterogenen Gesellschaften ‚den Anderen‘ noch wahrnehmen, seine Perspektiven verstehen und sich mit ihm verbunden fühlen? In einer medialisierten Welt geschieht dieser Prozess durch den indirekten Dialog verschiedener Öffentlichkeiten. Durch ihre Verknüpfungen entstehen *verdichtete Kommunikationsräume*, in denen sich die Teilnehmer gegenseitig wahrnehmen können, sich mit dem ‚Anderen‘ und seinen Perspektiven auseinandersetzen müssen und so in einen indirekten Diskurs treten.

Ob sich solch ein Kommunikationsraum bereits in Europa etabliert hat, war die Ausgangsfrage dieser Arbeit. Dabei war das empirische Ziel zweigeteilt: Zum einen sollte diese Arbeit einen empirischen Beitrag leisten zu der aktuellen Debatte um eine europäische Öffentlichkeit. Dies ist damit geschehen, dass mit dem Politikfeld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein Themenfeld ausgewählt wurde, das bislang noch von Datenanalysen unberührt geblieben war.<sup>86</sup> Da dieser Politikbereich zu den weniger integrierten EU-Bereichen zählt, können die Ergebnisse dieses ‚hard case‘ neue und interessante Erkenntnisse bringen.

Zum zweiten wollte diese Untersuchung jedoch in der empirischen Datenanalyse noch einen Schritt weiter gehen, indem sie einen Vergleich zwischen europäischen und transatlantischen Kommunikationsräumen vorgenommen hat. Diese Gegenüberstellung hatte zum Zweck, eine Messlatte an die Forschungsergebnisse anzulegen und so ein qualifizierendes

---

<sup>86</sup> Sieht man davon ab, dass im Rahmen des Europub-Projektes als Unterthema ‚troop deployment‘ behandelt wurde.

Element in die empirische Diskussion einzubringen. Damit sollte der Grad bzw. die Intensität einer europäischen Öffentlichkeit festgestellt werden.

Die Analyse der Bedeutungsstrukturen hat gezeigt, dass Interpretationsrahmen insgesamt doch eher langlebiger bzw. überdauernder Natur sind und im Großen und Ganzen in den unterschiedlichen Kriegen ähnlich auftraten. Viele der individuellen Frames tauchten in allen drei Untersuchungsphasen auf, ebenso waren zwei gefundene Faktoren, die tieferliegende Bedeutungsmuster repräsentieren, konstant in den drei Kriegen vertreten. Natürlich haben sich die Kriegskontexte zu einem gewissen Grad bemerkbar gemacht. So hat sich z.B. gezeigt, dass in den beiden Kriegen am Golf ein ökonomisches Framing deutlich stärker in den Vordergrund trat als im Kosovo-Krieg. Hier beeinflusste der Faktor ‚Öl‘ also die Berichterstattung. Stattdessen wurde 1999 eine größere Betonung auf das individuelle menschliche Leid festgestellt, gepaart mit einem deutlich stärker kriegslegitimierenden Begründungs-Framing. Der Schock, dass auf europäischem Boden eine erneute ‚ethnische Reinigung‘ stattfand, hat daher zu einer Framing-Verlagerung geführt, die so im Golf-Krieg und auch im Irak-Krieg nicht auftrat. 2003 wiederum spiegelten sich die realpolitischen Spannungen innerhalb der westlichen Welt auch im Framing der Berichterstattung wider. Es gab eine deutlich stärkere Betonung in der Berichterstattung auf innerwestliche Streitigkeiten, die unter dem Aspekt einer langfristigen weltpolitischen Veränderung präsentiert wurden. Jeder Krieg ließ also sehr wohl seine eigene ‚Note‘ in den verwendeten Interpretationsmustern zurück. Allerdings zeigte sich gerade bei der Faktorenanalyse, dass tieferliegende Bedeutungsstrukturen überdauernder Natur sind. In allen drei Kriegen wurden die Faktoren ‚Bekämpfung des Bösen‘ und ‚Hegemoniestreben der USA‘ extrahiert. Es ist zu vermuten, dass diese zwei Bedeutungsmuster, die in ihrer Rahmung sozusagen zwei diametrale Pole darstellen, fixe Muster repräsentieren, die in den meisten Kriegen der Gegenwart auftreten. Frames sind ihrer Natur nach tief verankerte und daher überdauernde Interpretationsmuster. Insofern ist es nicht allzu verwunderlich, dass in dieser Arbeit wiederholt auftretende Muster gefunden wurden. Auch in der Benutzung der Frames zeigte sich, dass insgesamt eine große Übereinstimmung in den jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten existierte. In den meisten Fällen hätte man nicht aus der Verwendung der Frames darauf schließen können, ob eine Zeitung aus Europa oder den USA stammt. Gerade im Golf- und Kosovo-Krieg, wo die politischen Positionen der untersuchten Länder zum Krieg recht ähnlich waren, konnte fast kein Unterschied zwischen der Verwendung von Frames bzw. Faktoren innerhalb der westlichen Welt festgestellt werden. Erst im Irak-Krieg, bei dem eine klare politische Zweiteilung von Kriegsgegnern und Kriegsbefürwortern dominierte, spiegelte sich diese Blockformation auch in

der Framenutzung wider. Britische und amerikanische Medien neigten deutlich stärker dazu, kriegslegitimierende Frames zu nutzen und eine Art ‚Rally-around-the-flag‘-Effekt zu produzieren, indem militärische Aktionen größeres Gewicht bekamen und verstärkt die Idee von ‚Gut-vs.-Böse‘ erzeugt wurde. In den deutschen und französischen Medien hingegen wurde sich häufiger mit den Ausmaßen des Krieges für die westliche Gemeinschaft und für das internationale System auseinandergesetzt. Die Spannungen der westlichen Welt und die daraus folgende Gemeinschaftsdiskussion waren in den beiden kriegsführenden angelsächsischen Ländern deutlich weniger präsent, was darauf hindeutet, dass der Krieg, wie er in den Medien dargestellt wurde, im Fall 2003 tatsächlich in den angelsächsischen Ländern ein ‚anderer‘ war als in Deutschland und Frankreich. Bedeutungsstrukturen können also im Kontext variieren. Der Kontext muss jedoch anscheinend recht extrem verschieden ausfallen, um Einfluss auf die Interpretationsrahmungen zu nehmen. Militärische Beteiligung oder geographische Nähe scheinen keine ausreichenden Faktoren zu sein. Erst die deutlich politisch bipolare Blockkonstellation des Irak-Krieges hat zu einer unterschiedlichen Wahrnehmung bzw. Präsentation des Krieges geführt. Und selbst in diesem Fall muss relativierend eingeschränkt werden: neben einigen unterschiedlichen Framings des Irak-Krieges finden sich dennoch auch viele gemeinsame Bedeutungsstrukturen in den acht untersuchten Medien. Dazu gehören ähnlich hoch ausfallende Kriegsdelegitimation, Hinweise auf wirtschaftliche Aspekte des Krieges und die Frage, was nach dem Krieg geschehen solle. Insofern kann man selbst in diesem Fall neben der festgestellten Bipolarität im Datenmaterial sehr wohl auch Gemeinsamkeiten erkennen.

Was bedeuten diese Ergebnisse für die Diskussion um eine europäische Öffentlichkeit? Aus der Analyse der Bedeutungsstrukturen lassen sich meiner Meinung nach zwei Schlussfolgerungen ableiten, die ich in zwei Thesen zusammenfassen möchte. Meine erste These bezieht sich auf die empirische Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit und setzt bei der Diskussion um ihre Kriterien ein. Ich habe bereits im theoretischen Teil dieser Arbeit (Abschnitt 2.2) darauf hingewiesen, dass einige Forschungsarbeiten das Kriterium der gemeinsamen Bedeutungsstrukturen als hinreichend ansehen, um eine europäische Öffentlichkeit empirisch messbar zu machen. *Meine erste These hingegen lautet, dass die Suche nach gemeinsamen Bedeutungsmustern allein nicht ausreicht, um Grenzen des europäischen Kommunikationsraumes ausfindig zu machen.* Wie sich gezeigt hat, sind Bedeutungsstrukturen insgesamt relativ ‚kontextresistent‘ und werden daher zunächst einmal über Grenzen und politische Lager hinweg geteilt. Durch ihre überdauernde Natur sind sie kein geeignetes Instrument, um Trends bzw. Tendenzen festzustellen. Ich stimme darin überein,

dass Bedeutungsstrukturen eine wichtige Basis in der Suche von gemeinsamen Kommunikationsräumen darstellen. Sie sind und bleiben daher für die empirische Frage ein wertvolles Kriterium, dem jedoch andere folgen müssen, die Trends schneller aufzudecken vermögen. Denn ansonsten läuft man Gefahr, einerseits spezifisch-gemeinsame Kommunikationsräume zu sehen, wo keine sind – dies hätte z.B. in dem hier vorliegenden Fall geschehen können, wenn ich keine US-Medien untersucht hätte und aufgrund der Erkenntnisse zu den Bedeutungsstrukturen der sechs europäischen Medien auf einen spezifisch-europäischen Kommunikationsraum geschlossen hätte. Andererseits könnte es aber auch geschehen, dass Erkenntnisse über spezifische Kommunikationsräume aufgrund des Kriteriums der Bedeutungsstrukturen verloren gehen – z.B. hätte ich in meinem Fall ohne die Hinzunahme anderer Kriterien schlussfolgern müssen, dass eine spezielle europäische Kommunikationsgemeinschaft nicht existiert, da die Bedeutungsstrukturen mit den USA geteilt werden. Für die empirische Konzeption einer europäischen Öffentlichkeit sollten daher neben den Bedeutungsstrukturen als notwendiges Kriterium noch weitere Kriterien hinzugenommen werden. Diese empirische Erkenntnis ist vor allem dann wichtig, wenn es sich um die Analyse von nicht-EU-spezifischen Thematiken handelt. In dieser Arbeit wurde bewusst nicht ein genuin europäisches Thema herausgegriffen, da ansonsten der Vergleich mit der transatlantischen Kommunikationsgemeinschaft einen zu starken ‚bias‘ erfahren hätte.

Die Ergebnisse der Analyse der Bedeutungsstrukturen lässt noch eine zweite Schlussfolgerung zu, die sich auf den *Gegenstand* von europäischer Öffentlichkeit bezieht. Kantner stellte in ihrer Arbeit fest: „*Gesamteuropäisch können diese Kommunikationsprozesse dann werden, wenn die Konflikte als gesamteuropäisch wahrgenommen werden*“ (Kantner 2002: 200). Wie die hier vorliegende Untersuchung zeigt, werden im sicherheitspolitischen Diskurs Fragen zur institutionellen Entwicklung der EU angesprochen und diskutiert. Sie werden damit gesamteuropäisch wahrgenommen, und das scheint einer der zentralen Abgrenzungspunkte zu einem außer-europäischen Diskurs zu sein. Allerdings macht dieser Bereich nur einen sehr geringen Anteil in dem hier untersuchten Diskurs aus, durchschnittlich machten Debatten auf EU-Ebene nur 7.7% (Golf), 5.5% (Kosovo) und 11.1% (Irak) aller ‚Hits-home‘-Debatten aus. Bezogen auf die Gesamtheit aller Artikel betrügen diese Anteile nur ein Drittel bis ein Viertel dieser Werte. Andere Arbeiten haben durchaus optimistischere Ergebnisse. Die hier vorgenommene Kategorisierung ist vergleichbar mit der Bedeutung der Kategorie ‚European Article‘ bei Dereje/Kantner/Trenz 2003, die auf einen Anteil zwischen 10% - 26% kommen. Koopmans/Erbe 2003 nennen diese Kategorie ‚supranational Europeanisation‘ und haben einen durchschnittlichen Anteil von 12% für deutsche Zeitungen errechnet. Allerdings ist

einzu­schränken, dass beide Untersuchungen auf einem Sample des Stichworts ‚EU‘ basieren und insofern natürlich einen EU-Bias in ihrer Auswertung haben. Dies lässt erstens vermuten, dass die EU im sicherheitspolitischen Diskurs weniger präsent ist und die Wahrnehmung einer gesamteuropäischen Problematik auf diesem Gebiet noch nicht stark entwickelt ist. Zweitens zeigt es aber auch, dass die EU bei nicht spezifisch-europäischen Themen fast keine Möglichkeit hat, diesen Themen eine gesamteuropäische Wahrnehmung zu geben. *Sieht man sich die Analyse der Bedeutungsstrukturen an, so lautet meine zweite These, dass sich eine europäische Kommunikationsgemeinschaft jenseits europäischer Themen (noch) nicht entwickelt hat und es fraglich ist, ob dies geschehen wird.* Das Bindeglied eines europäischen Kommunikationsraumes ist die gemeinsame EU-Politik. Das klingt zunächst trivial. Es zieht allerdings die Feststellung nach sich, dass sich die Idee einer gesamteuropäischen Wahrnehmung nur auf EU-Themen beziehen lässt. Der Einfluss einer Europäisierung reicht jedoch nicht so weit, als dass er Thematiken, die nicht EU-genuin sind, eine gesamteuropäische Wahrnehmung geben könnte. Für eine demokratietheoretische Vorstellung ist dies nicht weiter folgenreich, weil hierfür zunächst einmal wichtig ist, dass EU-Politik durch eine europäische Öffentlichkeit abgedeckt und legitimiert wird. Dennoch zeigt sich daran noch einmal, dass eine europäische Öffentlichkeit weit entfernt davon ist, ein stabiles Gebilde zu sein, sondern sich vielmehr aus issue-publics oder Teilöffentlichkeiten zusammensetzt. Eine Thematik, die EU-Grenzen übertritt, scheint auch in ihren Bedeutungsstrukturen diese Grenzen zu überschreiten. Wie durch die theoretische Vorstellung des Konzeptes von ‚Teilöffentlichkeiten‘ bereits deutlich wurde, gehe ich in dieser Arbeit nicht von *einer* nationalen und auch nicht von *einer* europäischen oder *einer* transatlantischen Öffentlichkeit aus. Insofern ist es natürlich naheliegend, dass verschiedene Arten von Öffentlichkeiten parallel existieren. Van de Steeg hat in ihrer Untersuchung geschlussfolgert, „*that it might be more adequate to conceive national and EU public discourses in terms of simultaneity*“ (Van de Steeg 2005: 162). Daher ist es nicht erstaunlich, dass sich z.B. gemeinsame Bedeutungsmuster im europäischen und transatlantischen Kommunikationsräumen überlappen, wenn die Thematik wie in diesem Fall, dies zulässt. Wenn jedoch die Bedeutungsstrukturen über den Atlantik hinweg geteilt werden, wie können wir dann jedoch noch eine europäische Öffentlichkeit konstatieren?

Dies können wir, wenn wir uns auf andere Indikatoren neben dem der Bedeutungsstrukturen einlassen. Denn erst das Hinzufügen anderer Kriterien kann m.E. hinreichend klären, ob eine europäische Öffentlichkeit existiert. Denn schließlich ist es noch kein ‚K.O.‘ für eine europäische Öffentlichkeit, nur weil die Bedeutungsstrukturen auch außerhalb dieser Grenzen geteilt werden. Ich habe als zweites Kriterium angegeben, dass ein

gemeinsamer Austausch bzw. eine gegenseitige Beobachtung zwischen den medialen Arenen existieren muss, damit tatsächlich ein gemeinsamer Kommunikationsraum entsteht. Dafür habe ich die Anzahl zitierter europäischer Sprecher und die Beobachtung von Diskussionen und Ereignissen anderer EU-Länder bzw. von EU-institutionellen Debatten betrachtet. Dabei hat sich herausgestellt, dass der Austausch innerhalb Europas prinzipiell nicht höher ausfällt als derjenige zwischen den USA und der EU. Zumindest im Golf- und Kosovo-Krieg konnte keine statistische Signifikanz zwischen den Länderblöcken festgestellt werden, die darauf hindeuten würde, dass US-Medien weniger Austausch mit Europa betreiben würden als EU-Medien untereinander. Die Abgrenzung eines europäischen Kommunikationsraumes im Vergleich mit einem nicht-europäischem Land ist, zumindest in sicherheitspolitischen Diskursen, quantitativ also nicht eindeutig. Dies bestätigt noch einmal die These, dass eine europäische Öffentlichkeit ihre Grenzen zumeist bei EU-genuinen Themen findet. Sobald die Thematik, wie hier ‚Krieg‘, EU-Politikfelder überschreitet, ist der quantitative Unterschied zu anderen Medienarenen nicht mehr erkennbar. Dennoch habe ich Anzeichen entdeckt, die darauf hindeuten, dass der innereuropäische Austausch anders ausfällt als der Austausch über den Atlantik hinweg. Dies wurde bei den ‚weichen‘ Indikatoren von Länderpluralismus und Länderdifferenzierung erkennbar. Denn US-Medien nutzten zwar quantitativ ebensoviele europäische Quellen wie EU-Medien, allerdings war ihr Blick dabei wesentlich undifferenzierter. Das, was der US-Leser als ‚EU‘ durch die Medienberichterstattung wahrnimmt, bezieht sich in fast allen Fällen nur auf die drei Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Kleinere EU-Länder fanden in den untersuchten amerikanischen Medien so gut wie gar kein Gehör. Diese Feststellung ist einer der wichtigsten Unterscheidungsunkte zwischen EU- und US-Medien in Bezug auf ihren Austausch mit Europa. Nimmt man dies als Kriterium mit hinzu, so kann für das Untersuchungsjahr 1991 und 1999 trotz des mangelnden statistischen Unterschiedes geschlossen werden, dass europäische Kommunikation innerhalb des Indikators ‚Austausch und Beobachtung‘ in allen drei EU-Ländern existierten. *Meine dritte These lautet daher, dass sich der innereuropäische Austausch im Vergleich mit einem nicht-europäischem Land zunächst einmal nicht quantitativ unterscheidet. Der Unterscheidungspunkt liegt vielmehr darin, dass die EU in Europas Medienarenen differenzierter und pluralistischer präsentiert wird.* Dies hat sicherlich auch mit dem Faktor ‚Nähe‘ zu tun, denn natürlich nimmt ein Land, das sich in Europa befindet, seine Nachbarländer differenzierter wahr. Insofern ist es wahrscheinlich, dass sich diese These vor allem auf weit-entferntere Länder wie die USA bezieht, während z.B. die Schweiz zwar kein EU-Mitgliedsland ist, jedoch dennoch evtl. durch seinen geographischen Faktor den differenzierteren Blickwinkel eines europäischen Landes auf die EU teilt.

Im Vergleich zum transatlantischen Niveau zeigte sich, dass der innereuropäische Austausch recht intensiv ausgeprägt ist, da die Beobachtung innerhalb Europas teilweise stärker ausfiel als der transatlantische Austausch. Allein die britischen Zeitungen zeigten ab 1991 bereits eine leichte Tendenz zu einer Sonderrolle innerhalb der europäischen Medien. Für das Untersuchungsjahr 2003 wurde diese Tendenz deutlich sichtbar, indem nachgewiesen wurde, dass britische (und amerikanische) Medien signifikant weniger Austausch auf europäischer Ebene betrieben haben als französische und deutsche Zeitungen. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass hier natürlich die politische Konstellation von Kriegsbefürwortern und Kriegsgegnern einen Einfluss auf die Werte hat, so dass Rückschlüsse auf einen kontinental-europäischen Kommunikationsraum kritisch hinterfragt werden müssen. Denn natürlich könnte man argumentieren, dass sich GB durch seinen politischen Kontext an seinem Partner USA orientiert hat, während die beiden Kriegsgegner Deutschland und Frankreich eine europäische Entente gebildet haben, was zu einem verstärkten europäischen Austausch geführt haben könnte. Die Analyse zeigt jedoch, dass der hohe innereuropäische Austausch der deutschen und französischen Medien dadurch zustande gekommen ist, dass sie sich besonders intensiv mit ihren andersdenkenden europäischen Partnern auseinandergesetzt haben. D.h. der Motor des intensivierten innereuropäischen Austausches 2003 lag nicht im politischen Zusammenschluss Deutschlands und Frankreichs, sondern in der konfliktuellen Auseinandersetzung mit ihren europäischen politischen Gegnern. *Meine vierte These lautet daher, dass sich eine europäische Öffentlichkeit nicht im Konsens, sondern verstärkt im Konflikt äußert.* Dies zeigte sich bereits 1991: Als die Schwäche der europäischen Gemeinschaft am Golf-Krieg deutlich wurde, haben die europäischen Zeitungen deutlich Kritik und Skepsis geäußert. Gerade dadurch wurde jedoch eine europäische Kommunikation angekurbelt: So wurden Debatten über die Zukunft der EU initiiert, indem der Erfolg einer ESVP angezweifelt wurden. Andere EU-Länder und deren Diskurse wurden beobachtet, um zu wissen, wie die Anderen reagieren. Erst durch diesen skeptische Haltung gegenüber der EU bzw. der damaligen EG verdichtete sich der europäische Austausch 1991 so stark, dass er sogar intensiver war als der transatlantische. Auch während des Irak-Krieges war es der innereuropäische Konflikt, der in Frankreich und Deutschland zu einer intensiven Auseinandersetzung mit der EU und seinen Mitgliedern führte. Die drohende Spaltung der EU führte auch hier wieder zu der Existenzfrage, inklusive aller Zweifel und Kritiken. Die Spannungen mit andersdenkenden EU-Ländern führten zu einer Kommunikationsverdichtung, weil aus diesen Ländern gehäuft berichtet und zitiert wurde. Dadurch stieg zugleich auch die Anzahl der EU-Länder, die beobachtet wurden, an, was zu einem differenzierten und

pluralistischen Bild der EU beigetragen hat. Scherer/Vesper folgern in ihrer Untersuchung zu EU-Pressezitataten in deutschen Medien, dass die Zahl der Verweise auf die Berichterstattung europäischer Zeitungen deutlich im Laufe der Zeit zugenommen hat (Scherer/Vesper 2004). In ihrer Auflistung zeigt sich, dass Frankreich und Großbritannien als Herkunftsländer 1994 zusammen noch 44% aller Zitierverweise in deutschen Medien ausmachten. Dieser Anteil ist 1997 auf 40% und 2000 auf 36% gesunken (Scherer/Vesper 2004: 203). Das Ergebnis bestätigt damit, dass europäische Stimmen an Pluralismus und Differenzierung im Verlauf der Jahre und mit mehreren Erweiterungsrounden gewonnen haben. Eine europäische Öffentlichkeit scheint von den Konflikten zu leben, die ihre Mitgliedsländer ausfechten. Dies ist das Paradox, mit der die EU leben lernen muss: *„The EU must learn to deal with the paradox that it produces public communication and transnational contention, but at the same time can never have enough of it“* (Eder/Trenz 1998: 21). Gerade durch die Diskussion über die Schwächen der EU, ihre interne Zerissenheit und widersprüchlichen Meinungen entsteht ironischerweise eine gesamteuropäische Öffentlichkeit und damit eine demokratische Stärkung der EU. Das Beispiel der britischen Medien 2003 zeigt allerdings, dass man sich dieser Auseinandersetzung auch entziehen kann. Während 1991 die EU noch heftig kritisiert und debattiert wurde, blieben die englischen Medien während des Irak-Krieges einfach still. Sie scheinen eine Art nationale ‚Einigelung‘ durchgemacht zu haben, die sie europäische Diskurse weitgehend ignorieren ließ. Weder versuchten sie, die Spaltung der EU zu ihren Gunsten zu interpretieren, noch bezogen sie gleichdenkende Europäer in ihre nationalen Debatten ein, um durch sie eine gesamteuropäische Legitimierung zu erreichen. Dieser Fall verdeutlicht, dass europäische Öffentlichkeit nicht an Konflikt scheitert, sondern an Nicht-Beachtung. Eder spricht von *„positiver Öffentlichkeit“*, wenn man die *„Herstellung von Publikum für strittige Themen“* beobachten kann (Eder 2000: 178), und von *„negativer Öffentlichkeit“*, die wirksam wird durch den Entzug von Legitimation. *„Wenn Öffentlichkeit negativ wird, dann entzieht sie Zustimmung, sie applaudiert nicht mehr und kritisiert nicht mehr. Schweigen kann unter bestimmten Bedingungen auch töten“* (ebd.).

Die Daten der englischen Medien während des Irak-Krieges können als ebenjene negative Öffentlichkeit gedeutet werden, die eine europäische Öffentlichkeit auf dem Inselstaat hat verdorren lassen. Dabei ist m.E. nicht der Kontext alleine die erklärende Variable. Ich habe bereits ausgeführt, dass GB durchaus – vielleicht sogar gerade – 2003 eine Chance gehabt hätte, sich an einem europäischen Kommunikationsraum intensiv zu beteiligen. Schließlich war die öffentliche Meinung den Umfragen zufolge in GB nicht sonderlich anders eingestellt als in Frankreich und Deutschland. Anstatt dies jedoch, wie es in Kontinental-Europa stellvertretend durch Habermas und Derrida geschehen ist, als ein europäisches Phänomen zu deuten, haben die britischen Medien eine Rückkehr ins Nationale vollzogen. Zweitens gab es in Europa ja

nicht nur Kriegsgegner, sondern auch viele Befürworter des amerikanisch-britischen Vorstoßes. Die Regierungen der alten Mitgliedsländer Italien, Spanien, Dänemark und Holland haben die britische Politik unterstützt. Hinzukommend sprachen sich einige der neuen Beitrittsländer wie z.B. Polen für diesen Krieg aus. Trotz dieser kriegsbefürwortenden europäischen Partner integrierte die britische Öffentlichkeit noch nicht einmal diese Länder in ihren nationalen Diskurs – und dass, obwohl dies doch eine Legitimierung der eigenen umstrittenen Politik hätten darstellen können. Großbritannien hätte sich so ins Zentrum eines ‚neuen Europas‘ rücken können, doch scheinbar war der mediale Diskurs daran nicht interessiert. Die Frage, ob und in welcher Art und Weise sich mediale Debatten transnationalisieren, lässt sich also nicht nur auf den Kontext zurückführen, denn auch der Kontext lässt unterschiedliche Möglichkeiten zu. Tobler spricht in diesem Zusammenhang von „*transnationalen Öffentlichkeitfenstern*“ (Tobler 2001), die sich ab und an auftun. Die Untersuchung hat gezeigt, dass sich besonders während des Irak-Krieges ein solches Fenster in Frankreich und Deutschland geöffnet hat. Warum dieses Fenster in Großbritannien zeitgleich verschlossen blieb, kann mit dem realpolitischen Ereignissen nur teilweise erklärt werden. Denn wie oben erklärt, hätte der Kriegskontext auch die Möglichkeit zur Fensteröffnung geboten: Ich habe als Erklärungsansatz, warum sich in Großbritannien das ‚transnationale Fenster‘ nicht geöffnet hat, auf die Kombination des Kriegskontextes plus der generellen Einstellung des Landes zur EU hingewiesen. In einem Land, wo die Unterstützung der EU stets gering und seit 1991 noch gesunken ist, und wo sich zwei Drittel der Bevölkerung zuallererst ‚national‘ identifizieren, ist die EU deutlich weniger verinnerlicht – und dies zeigt sich besonders in Extremsituationen wie der Irak-Krieg sie darstellt. In dieser politisch aufgeheizten Situation hat sich der britische Diskurs, anders als der französische und deutsche, eben nicht auf Europa besonnen, sondern auf die eigene Nation. *D.h. eine europäische Öffentlichkeit entwickelt sich nicht per se, wenn der Kontext sie aufdrängt, sondern nur dann, wenn eine Bereitschaft, sich mit Europa auseinanderzusetzen, vorhanden ist – und diese Bereitschaft spiegelt sich womöglich auch in der Einstellung des Landes zur EU wider.* Daraus folgt, dass in einem integrations-skeptischen Land wie GB eine europäische Öffentlichkeit geringere Möglichkeiten zur Entfaltung hat, als in integrationsfreundlichen Ländern, wie in dem hier vorliegenden Fall Frankreich und Deutschland. Die britischen Medien haben sich nicht etwa erst zum Irak-Krieg ‚ent-europäisiert‘, sondern schon zuvor eine Tendenz zu weniger engen europäischen Kommunikationselementen gezeigt als die vier kontinental-europäischen Zeitungen. In mehreren Kategorien zeigte sich bereits 1991 und 1999, dass die britischen Medien eine stärkere transatlantische Komponente in ihrem Diskurs hatten als die französischen und deutschen Zeitungen. Warum die britischen Medien in der hier vorliegenden

Untersuchung 1991 ‚europäisierter‘ waren als in den späteren Untersuchungsphasen, kann nicht allein aus dem Kriegskontext erklärt werden, da auch am Golf vor allem eine britisch-amerikanische Allianz gekämpft hat. Die vergleichsweise intensive Auseinandersetzung auf EU-institutionellem Niveau im Jahre 1991 zeigt jedoch, dass GB, wenn auch kritisch, am europäischen Projekt teilnahm und ihm Bedeutung zuschrieb. Man kann vermuten, dass der Zeitpunkt so kurz nach dem Ende des Kalten Krieges dazu geführt hat, dass sich intensiver mit der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen auseinandergesetzt wurde, die sozusagen als richtungsweisende ‚Angelpunkte‘ in der sonst so unsicheren weltpolitischen Lage dienten. In späteren Zeitpunkten wie z.B. beim Kosovo-Krieg war dieses Bedürfnis nach der Suche nach Gemeinschaftszugehörigkeit evtl. weniger ausgeprägt. Im übrigen scheint sich die Vermutung, dass britische Medien weniger ‚europäisiert‘ sind, nicht nur auf die vorliegende Thematik zu begrenzen. So hat Kevin 2003 bei seiner Analyse zu der Berichterstattung 1999 (also auch zum Zeitpunkt des Kosovo-Krieges) geschlussfolgert, dass sich Großbritannien in Bezug auf zitierte Sprecher aus Europa deutlich isolationistischer zeigt als die übrigen Untersuchungsländer (Kevin 2003: 108ff). Pfetsch konstatiert in ihrer Analyse für den Zeitraum 2000-2002: *„The British press deviates in all dimensions from the general picture, as integration is played down on the issue agenda, as European scopes are neglected, as European integration is utterly opposed“* (Pfetsch 2004: 17). Sie stellt in ihrer Untersuchung fest, dass die große Mehrheit der britischen Berichterstattung keine europäische Dimension enthält und stattdessen entweder national und zu einem geringeren Anteil supranational sei (ebd.: 11). Somit seien die britischen Medien *„the clear outsider“* (ebd.: 18) innerhalb der untersuchten Länder (GB, Frankreich, Niederlande, Deutschland, Italien, Spanien und die Schweiz). Insgesamt scheinen daher die empirischen Ergebnisse ein Bild zu zeichnen, dass Großbritannien sich europäischer Kommunikation stärker entzieht als andere Länder.<sup>87</sup> Aufgrund der unterschiedlichen Sample- und Untersuchungsmethoden ist es jedoch schwierig, die gefundenen Ergebnisse wirklich sinnvoll miteinander zu vergleichen. Hinzu kommt der Mangel an Erkenntnissen über andere europäische Länder, da in den meisten Studien, wie auch in der hier vorliegenden, auf die drei ‚Klassiker‘ Deutschland, Frankreich und Großbritannien zurückgegriffen wird. Insofern lässt sich nicht per se beantworten, ob die hier gefundenen Ergebnisse auch für andere kontinental-europäische Länder zutreffen. Es wäre z.B. interessant gewesen, zu sehen, ob kriegsbefürwortende Länder wie Spanien 2003 dennoch ähnliche Werte aufgewiesen hätten wie

---

<sup>87</sup> Allerdings bestätigen die Daten der HU-Untersuchung rund um Eder/Kantner/Trenz et al. diese Außenseiter-Position nicht. Danach ist der Anteil der täglichen EU-Berichterstattung (gemessen an allen politischen Artikeln) in den beiden britischen Zeitungen The Guardian und The Times auf ähnlichem Niveau wie in einzelnen spanischen, französischen und italienischen Zeitungen (vgl. für die Ergebnisse dieser Studie z.B. Trenz 2004 oder Dereje/Kantner/Trenz 2003)

Deutschland und Frankreich. Das war jedoch aus forschungsökonomischen Gründen im Rahmen dieser Dissertation nicht möglich. Es ist außerdem anzunehmen, dass gewisse ‚Sonderrollen‘ im europäischen Chorus auch von Thematik zu Thematik unterschiedlich ausfallen. In der hier vorliegenden Untersuchung zu sicherheitspolitischen Diskursen könnte jedoch aufgrund der britischen Affinität zum transatlantischen Verhältnis tatsächlich eine weniger ausgeprägte europäisch-transnationale Kommunikation als in anderen europäischen Ländern vermutet werden. Wirkliche Antworten auf diese Frage wird es allerdings erst geben, wenn zukünftige empirische Untersuchungen den Fokus auch auf andere EU-Mitgliedsländer legen.

Im Gegensatz zu der Untersuchung der Bedeutungsstrukturen zeigten sich in den Indikatoren für gemeinsamen Austausch und Beobachtung also stärker Tendenzen und Hinweise, wo die Grenzen eines europäischen Kommunikationsraumes liegen und wie ihre Eigenschaften ausfallen. Dabei will ich nicht verleugnen, dass diese Indikatoren schneller Kontext-Schwankungen unterliegen und ihre Interpretation dies nicht ignorieren darf. Aber es war ja auch gerade das Argument der Tendenz-Verstärkung, das die Wahl auf Berichterstattung von Krisen hat fallen lassen. Ein etwas ‚instabilerer‘ Indikator kann dennoch m.E. insgesamt fruchtbare Erkenntnisse bringen, denn es ist ja gerade interessant zu sehen, wie Kommunikationsräume in extremeren Situationen reagieren. In Frankreich und Deutschland zeigte sich eine eindeutige Hinwendung zu Europa – und das verdeutlicht doch schon, dass eine europäische Öffentlichkeit durchaus Potenzial hat. Dennoch ist sie kein stabiles Gebilde und kann auch gegenläufige Entwicklungen durchlaufen wie im Fall von Großbritannien. Insgesamt finde ich jedoch, dass gerade das Kriterium ‚Austausch und gegenseitige Beobachtung‘ – zumindest in Deutschland und Frankreich – einen recht positiven Eindruck vermittelt, was innereuropäische Kommunikationsflüsse betrifft. Jedoch muss man einschränkend hinzufügen: Der horizontale Austausch mit anderen EU-Ländern ist deutlich größer als die Beobachtung von EU-institutionellen Themen. Dies kann jedoch, wie bereits erwähnt, mit dem hier verwendeten Sample zusammenhängen, da andere Untersuchungen in der vertikalen Europäisierung deutlich höhere Werte ermittelt haben. In Zeiten akuter militärischer Krisen scheint die institutionelle Ebene der EU etwas in den Hintergrund zu rücken. Hier wäre interessant zu sehen, inwieweit sich Debatten um europäische Integrationsfragen nach dem ‚ersten Schock‘ des Krieges etablieren können. Man könnte z.B. vermuten, dass, nachdem sich die Wellen des Krieges geglättet haben, die Frage einer ESVP stärker in den Vordergrund tritt. Hier hat also evtl. die Sample-Methode die Werte etwas nach unten gezogen

und so ein negativeres Bild vom Auftreten EU-institutioneller Debatten gemalt, als dies in weniger turbulenten Zeiten der Fall ist.

Den Haken einer europäischen Öffentlichkeit sehe ich im Kriterium der Identifikationsgemeinschaft. Ich habe in Abschnitt 2.2. argumentiert, dass eine europäische Öffentlichkeit sich auch an diesem Kriterium messen lassen muss, weil dies schließlich ein demokratiethoretisches Argument umfasst. Die Messung von ‚Identifikation‘ ist stets ein schwieriges Unterfangen und es muss eingestanden werden, dass eine quantitative Auswertung hier an ihre Grenzen gestoßen ist. Insofern ist eine statistische Interpretation nur schwer durchzuführen. Mit aller gegebenen Vorsicht lässt sich jedoch sagen, dass im Golf- und Kosovo-Krieg in den meisten Zeitungen Referenzen zu einer westlichen Gemeinschaft stärker ausgeprägt waren, während die EU selten als Identifikationsfläche auftrat. Gerade 1991 konnte die qualitative Auswertung hinzukommend zeigen, dass die EU nur als Wirtschaftsgemeinschaft wahrgenommen wurde, nicht jedoch als moralischer Handlungsakteur. Diese Rolle kam stärker dem westlichen Bündnis zuteil. D.h. selbst wenn der innereuropäische Austausch und das Interesse an Europa 1991 durchaus vorhanden waren, so ging dies nicht parallel mit einer europäischen Identifikation im medialen Diskurs. Auch im Kosovo-Krieg, der als NATO-Krieg natürlich eindeutig das westliche Bündnis ins Zentrum rückte, stand es quantitativ schlecht um eine europäische Identifikationsgemeinschaft. Der einzige positive Lichtblick war hier, dass die EU sich zumindest als eine moralische Autorität im Diskurs etablieren konnte und nicht mehr nur als ‚Verein zum finanziellen Lastenausgleich‘ präsentiert wurde. Aus den Erkenntnissen dieser zwei Kriege muss dennoch zugegeben werden, dass es um das dritte Kriterium einer europäischen Öffentlichkeit schlecht bestellt ist. Möglicherweise ist jedoch auch hier die Thematik ein Grund, warum die Ergebnisse so pessimistisch ausfallen: Sicherheit, Verteidigung und Peace-keeping sind keine traditionellen EU-Themen und die Kompetenzen der Union waren bis zum Zeitpunkt des Kosovo-Krieges nicht sehr weitreichend. Das Bewusstsein, dass die EU auch auf diesem Gebiet eine Autorität darstellen könnte bzw. müsste, hat sich in den letzten Jahren deutlich stärker entwickelt und auch institutionell umgesetzt (z.B. durch den Aufbau einer schnellen EU-Eingreiftruppe). Dennoch muss festgehalten werden, dass der *hard case*, der mit der hier ausgewählten Thematik überprüft werden sollte, im Golf- und Kosovo-Krieg auf Identifikationsebene nicht bestanden hat. Die EU hat ihren Platz in der medialen Debatte um Krieg und Frieden noch nicht wirklich gefunden. Allerdings zeigt der Irak-Krieg ein etwas anderes Bild. In zumindest drei der vier kontinentalen Zeitungen ist die EU eine starke Identifikationsreferenz. Die qualitative Analyse verdeutlichte, dass sich diese Entwicklung vor allen daraus ergab, dass eine Abgrenzung zum alten Bündnispartner USA gesucht wurde. Die

kritische Auseinandersetzung mit dem ‚großen Freund‘ und die allgemeine Verunsicherung, ausgelöst durch die innerwestlichen Spannungen, führten in Deutschland und Frankreich zu einer Besinnung auf Europa. Plötzlich war Europa als Identifikationsfläche nicht nur präsent, sondern deutlich gefragter als ‚der Westen‘. In den britischen Medien allerdings zeichnet sich stattdessen auch in den Gemeinschaftsreferenzen eine ganz andere Entwicklung ab, die sich in einer Besinnung auf die Nation und das spezielle britisch-amerikanische Verhältnis äußerte. Der Kontext des Krieges ist in dieser Entwicklung natürlich nicht zu ignorieren und es darf nicht ausgeschlossen werden, dass die hohen europäischen Identifikationswerte in Frankreich und Deutschland durch ihre Kriegsopposition entstanden sind. Dennoch möchte ich behaupten, dass alleine die Tatsache, dass Europa in dieser Situation zu einer Identifikationsfläche heranwachsen konnte, doch schon das Potenzial, das die EU auch auf Identifikationsebene besitzt, demonstriert. Natürlich kam es den Kriegsgegnern Deutschland und Frankreich opportun, sich anhand von Verweisen auf die ‚europäischen Werte‘ vom westlichen Partner zu distanzieren. Jedoch erlaubten sie damit trotzdem, dass die EU im medialen Diskurs an Statur gewinnen konnte und - zum vielleicht ersten Mal - tatsächlich eine doch recht breite Identifikationsfläche wurde. Es ist anzunehmen, dass sich die Wogen europäischer Identität im Diskurs nach dem Irak-Krieg geglättet haben, dennoch ist das Framing in die Köpfe der Gemeinschaft gelangt und hat dort vielleicht auch langfristig seine Spuren hinterlassen. Zumindest zeigt der Irak-Krieg, dass sich in extremen Situationen durchaus an die EU gewandt wird, und dies kann nur dann geschehen, wenn ein Mindestmaß an europäischer Identifikation bereits existiert. In Großbritannien hingegen hat sich nicht das ‚europäische Fenster‘ geöffnet, sondern das nationale. Auch hier erklärt m.E. die Kontextvariable nur dann die Entwicklung, wenn man sie in den Zusammenhang der sehr distanzierten und kritischen britischen Haltung gegenüber Europa stellt. Schließlich hätte das ‚neue Europa‘ eine Identifikationsfläche bieten können, was politisch gesehen durchaus opportun gewesen wäre. Zumindest aus Sicht der politischen Elite wäre dies eine gute Möglichkeit gewesen, sich vom Rand der EU, aus seiner Außenseiterrolle, geschickt in die Mitte eines neuen, anderen Europas zu manövrieren. Aus Perspektive der Bevölkerungsmehrheit, die gegen den Krieg war, hätte man wiederum ein Gemeinschafts-Framing, das sich zu den Werten des ‚alten Europas‘ bekennt, erwarten können. Beides ist nicht im britischen Diskurs zu erkennen, was vermuten lässt, dass Europa auf Identitätsebene als Alternative zur Nation nicht ausreichend verinnerlicht ist. Auch hier zeigt sich also noch einmal meine fünfte These: Der Kontext allein macht noch keine europäische Öffentlichkeit, man kann ihr auch mit Ignoranz ihre Chance verwehren.

Ich möchte noch eine sechste These hinzufügen, die im Design der Arbeit mitgeschwungen ist, jedoch nie so explizit Aufmerksamkeit bekommen hat. Ich habe in meiner empirischen Analyse stets ein Modell mit überprüft, das einen ‚Rechts-Links‘-Block im transnationalen Bereich untersuchen sollte. Dieses Modell resultierte aus der Idee, dass sich transnationale Kommunikation evtl. auch durch ideologische Spaltungen äußert, d.h. dass z.B. konservative Zeitungen weniger europäisiert sind als ihre Mitte-Links-Gegenparts. Die Überprüfung dieses Modells hat wahrscheinlich die eindeutigsten Ergebnisse der gesamten Untersuchung erbracht: Ideologische Unterschiede über nationale Grenzen hinweg existieren nicht. D.h. auf transnationaler Ebene bilden die ideologischen Blöcke keine relevante Einheit. *Meine sechste These lautet daher, dass sich eine europäische Öffentlichkeit nicht durch grenzenüberschreitende ideologische Spaltungen äußert.* Zwar mögen in dem einen oder anderen Fall durchaus im Nationalen Unterschiede auffallen, z.B. zeigte sich in Frankreich, dass der konservative Le Figaro häufig weniger europäisiert war als Le Monde. Dieser Unterschied zeigte sich jedoch z.B. nicht zwischen der FAZ und SZ.

Wie ist es also um eine europäische Öffentlichkeit bestellt? Schließen sich die Ergebnisse dem optimistischen Ton der einleitenden Kapitel an, dass eine europäische Öffentlichkeit im Demokratisierungsprozess der EU eine zentrale Funktion übernehmen kann? Die hier vorliegende Arbeit konnte nur einen kleinen Ausschnitt des medialen Diskurses in und außerhalb Europas analysieren. Es ist deswegen schwierig, über die Thematik und den Zeitrahmen hinaus geltende Rückschlüsse zu ziehen. Insofern sollten die oben diskutierten Thesen immer auch im Hintergrund des vorliegenden Untersuchungssamples gesehen werden. Für diese Analyse zumindest kann festgestellt werden: Ja, wir teilen unsere Bedeutungsstrukturen in Europa, was eine wichtige kommunikative Voraussetzung darstellt - wir teilen sie allerdings auch außerhalb Europas. Ja, wir tauschen uns gegenseitig aus, beobachten uns innerhalb Europas, ziehen andere europäische Sprecher heran und berichten über Debatten in unseren Partnerländern. Allerdings ist der Austausch auf transatlantischer Ebene vergleichbar stark ausgeprägt. Bis hierin ist die Außengrenze eines europäischen Kommunikationsraumes daher noch nicht klar umrissen. Dies geschieht erst dadurch, dass wir uns in Europa differenzierter betrachten, dass wir deutlich häufiger Stimmen und Ereignisse kleinerer Mitgliedsstaaten beachten und dass wir, anders als z.B. die USA, über die Konsequenzen für den europäischen Integrationsprozess diskutieren und die EU so gesamteuropäisch wahrnehmen. Dies geschieht evtl. noch nicht häufig genug, aber es ist dennoch ein Abgrenzungspunkt zu anderen medialen Kommunikationsräumen. Hinzukommend

erkennen wir Europa als moralischen Handlungsakteur an und identifizieren uns auch mit ihm, allerdings nur im geringen Maße - und häufig noch weniger als mit dem Westen.

Betrachtet man die Ergebnisse bis hierin, so müsste man ehrlich zugeben, dass eine europäische Öffentlichkeit noch in ihren Kinderschuhen steckt. Die Untersuchung des Irak-Krieges hat jedoch auch verdeutlicht, dass sie diesen ganz schnell entwachsen kann. Die Extreme der Situation haben das Potenzial der Europäisierung, die in nationalen Medien steckt, ans Licht gebracht. Hier wird deutlich, dass wir durchaus bereit sind, miteinander zu streiten, Andersdenkenden zuzuhören und ihre Geltungsansprüche damit als legitim und gleich anzuerkennen. Der Irak-Krieg demonstriert zusätzlich, dass eine breite europäische Identifikationsfläche im medialen Diskurs möglich ist. In Momenten von Krisen werden Selbstverständigungsdiskurse offenbart, und es zeigt sich, dass Europa durchaus einen Platz in der Suche nach Gemeinschaftszugehörigkeit einnimmt. In Deutschland und Frankreich konnte sich so im Irak-Krieg eine europäische Öffentlichkeit entwickeln, die ihren Namen verdient. Dies ist nicht nur aus einer politischen Opportunität heraus entstanden, sondern konnte sich nur durch die Bereitschaft, die EU und ihre andersdenkenden europäischen Partner anzuerkennen, wirklich entwickeln. In Großbritannien scheint diese Bereitschaft weniger ausgeprägt zu sein, und damit blieb das Fenster zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft verschlossen. Eine europäische Öffentlichkeit ist daher weder etwas, das durch den bloßen Umstand entsteht oder auch abwesend bleibt, noch ist es ein stabiles Gebilde. Ihre Entstehung hängt zwar von der jeweiligen Situation oder Thematik ab, kann jedoch nur im Zusammenwirken einer Bereitschaft, sich mit Europa auseinanderzusetzen und sich so einem europäischen Kommunikationsraum zu öffnen, entfalten.

Verallgemeinerungen aus den Erkenntnissen der drei untersuchten europäischen Länder auf den gesamten EU-Raum zu ziehen, ist schwierig, denn es fehlen bisher vergleichbare empirische Kenntnisse über andere Länder. Für die Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit ist es daher notwendig, diese Erkenntnislücken zu füllen, indem neue Untersuchungen sich auch kleineren EU-Ländern zuwenden. Hinzukommend ist zu vermuten, dass eine europäische Öffentlichkeit aufgrund von issue-publics von Thematik zu Thematik variiert. Auch hier ist noch viel Forschungsbedarf. Viele der in dieser Arbeit gefundenen Ergebnisse sind daher womöglich fallspezifisch. Ich habe dennoch anhand der sechs Thesen versucht, allgemeine Schlüsse zu ziehen. Sie haben jedoch weiterhin nicht mehr als Indiziencharakter und es bedarf wohl noch vieler empirischer Untersuchungen, um ein genaueres Bild einer europäischen Öffentlichkeit zu skizzieren.